

Beschlüsse der 2. Sitzung des Ausschusses für Kinder und Bildung  
vom 28.11.2019

\*

**Tagesordnungspunkt:**

**Sachstand zu den notwendigen Sanierungsmaßnahmen am Schulzentrum an der Alwin-Lonke-Straße**

**Beschluss:** (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und begrüßt den ambitionierten Sanierungszeitplan, nach welchem der Gebäudetrakt 7 zum Schuljahr 2021/22 wieder für Unterrichtszwecke zur Verfügung stehen soll. Er erwartet in diesem Zusammenhang, dass die erforderlichen Mittel zur Sanierung des Gebäudetraktes 7 im Haushalt 2020 / 2021 eingestellt werden.

**Tagesordnungspunkt:**

**Digitalisierung der Schulen im Stadtteil**

**Beschluss:** (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und weist im Zusammenhang des Digitalisierungsausbaus auf die Notwendigkeit des steigenden Supports an den einzelnen Schulen hin. Der Ausschuss erwartet daher die notwendigen Haushaltsmittel für den Support-Ausbau bereitzustellen. Ferner darf die Einführung der Digitalisierung nicht zu Lasten der Lehrkräfte gehen, entsprechend sind Entlastungsstunden einzurichten. Die Schulen in freier Trägerschaft sind bei dem Digitalisierungsausbau ebenfalls zu berücksichtigen.

**Tagesordnungspunkt:**

**Sachstand zum Ausbau der Ganztagsbeschulung im Stadtteil**

**Beschluss:** (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Die Senatorin für Kinder und Bildung wird nochmals gebeten, konkrete Planungen einer Erweiterung für die Grundschule Grambke zu erarbeiten. Schon jetzt zeichnet es sich ab, dass nicht alle Schüler\*innen an diesem Standort zum kommenden Schuljahr aufgenommen werden können.

Der Umbau für die Grundschule an der Landskronastraße für eine angemessene Ganztagsbetreuung dauert für den Ausschuss entschieden zu lange, er erwartet daher eine detaillierte Darstellung der einzelnen Planungsschritte sowie eine vorherige Überprüfung im Hinblick auf Optimierungsmöglichkeiten beim Zeitplan.

Der Ausschuss sieht weiterhin die Realisierung einer Mensa an der Oberschule an der Helsinkistraße als dringend notwendig an und erwartet die entsprechende Bereitstellung von Haushaltsmitteln. Im Zuge des Ausbaus der Ganztagsbetreuung erwartet der Ausschuss, dass grundsätzlich zunächst die erforderliche Infrastruktur geschaffen wird, bevor einzelne Schulen in die Ganztagsbeschulung übergehen.